

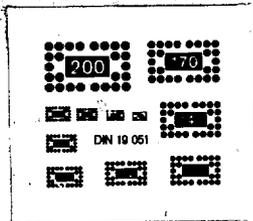
Unterbezirksparteitag



SPDDüsseldorf

LEITLINIEN ZUR
KULTURPOLITIK

Beschluss vom 14.Sep.1985



Leitlinien zur
Kulturpolitik der SPD-Düsseldorf

Gesellschaft im Umbruch - Herausforderung an die Kultur

- Kulturpolitische Ziele der SPD und Aufgaben in Düsseldorf -
"Kultur ist die Gesamtheit aller Lebensäußerungen unserer
Gesellschaft"

I. Herausforderung an die Kultur

Kunst und Künstler haben "eine Verpflichtung gegenüber dieser
Gesellschaft, eine Verpflichtung nämlich, der Gesellschaft bei
der Meisterung ihrer Krisen zu helfen" (Albert Camus). Die Kul-
tur ist nach Herbert Marcuse ein wichtiger Beitrag "einer Ge-
sellschaft zu ihrer Humanisierung". Und nach Robert Jungk ist
der Künstler der "ewige Revolutionär, der die Gesellschaft mit
dem Anderen, mit dem Zukünftigen, mit dem vorläufig logisch
nicht Erfassbaren konfrontieren kann."

Die Kultur darf sich deshalb nicht abkapseln. Sie muß mit der
Gesellschaft im Dialog stehen. Die SPD Düsseldorf will diesen
kulturpolitischen Dialog fördern.

Dies gilt heute um so mehr, wo anhaltende Massenarbeitslosig-
keit, große Umweltzerstörungen, Verlust an kulturellen und
sozialen Bindungen, Hochrüstung in Ost und West, soziale Spal-
tungen der Gesellschaften und die wachsende Verelendung großer
Teile der Welt bedrohliche Auswirkungen krisenhafter Entwick-
lungen sind. Die Grenzen unseres bisherigen wirtschaftlichen
und gesellschaftlichen Entwicklungsmodells sind deutlicher
denn je in der Bundesrepublik und in den anderen hochindustra-
liisierten Ländern.



Gleichzeitig ergeben sich aus der Entwicklung und der Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken weitere neue Gefährdungen für das menschliche und gesellschaftliche Miteinander; die Produktions- und Arbeitsbedingungen verändern sich grundlegend. Die kommerziellen Angebote werden auch im sich ausweitenden Freizeitbereich immer größer. Dagegen werden ebenfalls gegebene Chancen für eine Bereicherung des Lebens durch persönliche, gesellschaftliche und kulturelle Betätigung kaum gefördert. So aber weiten sich passiver Konsum und Resignation aus, eine kulturelle Verarmung droht.

Durch die Entwicklung des "elektronischen Gehäuses" (Dieter Sauberzweig) bekommen die gesellschaftspolitischen Grundprobleme eine neue Dimension, denn die Gesellschaft wird zu einer geschlossenen Anstalt, die nur auf das kurzfristig Verwertbare, das hier und jetzt ausgerichtet ist, während Kreativität, Selbstverwirklichung, Denken in komplexen Zusammenhängen, Solidarität und soziale Bindungen zurückgedrängt werden. Durch diesen Prozeß wächst die Gefahr einer Entfremdung ("Kolonialisierung"- Jürgen Habermas) der Lebenswelten auch außerhalb der Erwerbsarbeit. Die Gesellschaft gerät in einen wachsenden Widerspruch zwischen den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Möglichkeiten ihrer Entwicklung und der alltäglichen Lebenswirklichkeit - in der Bundesrepublik' noch verstärkt durch die konservative Wendepolitik. Die "geistig-moralische Erneuerung" ist tatsächlich nämlich nur der Versuch der Restauration einer gesellschaftlichen Ordnung zur besseren Durchsetzung wirtschaftlicher Macht zu Lasten sozialer und demokratischer Fortschritte.

Doch die einseitige Ausrichtung auf die ständige Erhöhung des materiellen Wohlstands und der Glaube an einen sich selbst überlassenen Fortschritt sowie an die ständige technische Beherrschbarkeit im Rahmen einer "marktwirtschaftlichen Machbarkeit" der Zukunft werden jedoch zunehmend in Frage gestellt. Viele Menschen suchen nach neuen Perspektiven, nach Reformmöglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung einer lebenswerten Umwelt und nach einer konkreten Utopie für eine menschenwürdige Gesellschaft.

Die Kulturpolitik ist ein Feld im "Kampf um die Köpfe" (Klaus Staeck). Bei den konservativen Versuchen, kulturelle Emanzipation zurückzudrängen und Kultur nur als institutionellen Teilaspekt in der Gesellschaft zu akzeptieren oder zur Verschleierung der Lebenswirklichkeit zu nutzen, geht es vielmehr um grundsätzliche gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Zukunft. Kultur muß Phantasie fördern, um aus der Sackgasse von Fehlentwicklungen und Gefährdungen für Mensch und Natur herauszukommen. Kultureller Mut ist erforderlich, um in Neues einzubrechen und Reformperspektiven zu entwickeln.

II. Lebensqualität durch umfassende Entfaltung der Kultur

Kunst und Kultur haben eine wichtige Bedeutung für die Lebenserfüllung und die Findung von Reformperspektiven. Sie müssen eine menschenwürdige Gestaltung der Umwelt einfordern, Fehlentwicklungen in der Gesellschaft aufzeigen und zu Utopien anregen. Dies gilt heute vor allem angesichts einer Periode des tiefgreifenden Umbruchs vieler gesellschaftlicher Wirkungszusammenhänge am Ende der traditionellen industriellen Epoche.

Kultur darf deshalb nicht der Rückzug in die Idylle sein oder in die "Sonntagskultur", wie Walter Jens das nennt. Kultur darf nicht die Flucht aus den Lebenszusammenhängen der Ausstieg aus der Gesellschaft oder der Rücktritt in Mythologisierung und Irrationalität sein. Kultur ist nicht die nostalgische Sehnsucht in das Gestern einer heilen Welt, nicht die Beschwörung von Ruhe, Ordnung und formaler Sicherheit.

Kultur muß vielmehr Gegenkräfte mobilisieren gegen eine soziale und kulturelle Verarmung, gegen die "Unwirtlichkeit der Städte", gegen die Ausgrenzung von Ausländern und Arbeitslosen, gegen die Zerstörung der Umwelt oder gegen den Wahnsinn der Hochrüstung.

Vor allem die großen Städte waren in der Vergangenheit meist die Träger eines fortschrittlichen, "republikanischen" Kulturbewußtseins. Die Kulturpolitik ist auch heute einer der wenigen Bereiche, in denen Städte weitgehend sich selbst ihre Aufgaben stellen und ausreichende Mittel für ihre Verwirklichung bestimmen können. Hier liegt ein Schwerpunkt kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten, der noch nicht ausreichend genutzt wird. Dies gilt bei Berücksichtigung anerkannter Fortschritte auch für Düsseldorf.

Es ist aber unübersehbar, daß die Städte in den vergangenen Jahren ihre Anstrengungen auf kulturellem Gebiet verstärkt haben, um die Städte wohnlicher und kulturell anziehender zu machen. Stadterneuerung z.B. gewinnt langsam Vorrang vor Abruch, auch wenn es nicht immer aus kultureller Einsicht geschieht. Plätze und damit Begegnungsorte werden neu geschaffen, der Straßenraum nicht zuletzt als Aktionsraum für die Kunst neu entdeckt, neue Musik-, Literatur- und Theaterinitiativen entstehen, ebenso sozio-kulturelle Zentren. Kulturelle Sommerprogramme werden angeboten und gefördert. Vorhandene Kulturinstitutionen werden verbessert und ausgebaut. Hinzu kommen neue Kulturaktivitäten im unmittelbaren Wohnbereich z.B. durch "Kunst und Kneipe", Kulturläden, Programmkinos. Dies führt zur Rückgewinnung von Urbanität.

Die Attraktivität einer Stadt wird in der Zukunft weit stärker noch daran gemessen, ob sie ausreichend Raum für soziale und kulturelle Experimente, für Kreativität, Innovation und Begegnung bietet. Kulturelle Angebote für Lebensqualität werden ein wichtiger Faktor gegen die Stadtflucht. Die Stadt darf nicht einengen oder in Provinzialität verfallen und muß nicht zuletzt Ausländer mit Offenheit und Toleranz behandeln. Die städtische Kulturpolitik darf sich dabei nicht nur auf Bau und Unterhaltung von Kultureinrichtungen und unmittelbare Kulturpflege beschränken, sondern muß umfassend an der Gestaltung einer menschen- und umweltfreundlichen Stadt mitwirken. Dabei sind zahlreiche andere kommunale Aufgabenbereiche berührt, wie etwa der Wohnungs-

und Städtebau, die Stadtentwicklungspolitik, die Bildung und der Schulbau oder auch die kommunale Umweltpolitik. Gefordert ist eine ganzheitlichere Politik, die der unnötigen Trennung der Wohn- und Freizeitbereiche von den anderen Lebensbereichen entgegenwirkt, die für die Stadtbildgestaltung ausreichend Raum schafft und damit Phantasie anregt und Kommunikationen ermöglicht. Mehr denn je geht es um eine unverwechselbare Eigenart der Stadt, des Stadtteils, um lokale Identifikation zu schaffen, Stadtgeschichte zu pflegen und die Lebensqualität zu erhöhen.

Ziel kommunaler Kultur- und Freizeitpolitik ist es, den einzelnen durch vielfältige Angebote zu eigener Selbstbestimmung und zur Selbstentfaltung zu ermutigen und ihn zu befähigen, im Arbeitsprozeß und im Alltag kreativ und verantwortlich zu handeln. Kommunale Kultur- und Freizeitpolitik hat dabei aber nicht die Aufgabe, den Bürger zu verplanen oder eine "richtige" Freizeitbeschäftigung aufzudrängen. Die Stadt muß vielmehr durch ihre Angebote ermöglichen, daß jedem Bürger Wege zur Selbstentfaltung in freier Entscheidung eröffnet werden.

Die Kulturpolitik der Städte hat von daher folgende Grundaufgaben, die bereits 1977 auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages aufgestellt wurden:

- die Gestaltung einer freizeit-, bildungs- und kulturfreundlichen Umwelt,
- die Förderung und Anregung von Eigeninitiativen der Bürger zur kultureller Betätigung,
- die Unterhaltung der großen Kulturinstitutionen wie Theater, Museen, Bibliotheken, Volkshochschulen und Musikschulen sowie die Bewahrung und Verbesserung eines Kernbestands an Kultur- und Freizeitangeboten,
- die Förderung von neuen kulturellen Initiativen und Experimenten,
- die breite Information über die Kultur- und Freizeitangebote in der Stadt und Orientierungshilfen durch kulturelle Vermittlung.

III. Unsere kulturpolitischen Grundsätze

Die SPD Düsseldorf will mit ihrer kulturpolitischen Arbeit dazu beitragen, die Trennung zwischen Kultur und Politik, zwischen Kunst und Gesellschaft abzubauen, um

- Kunst und Kultur in unserer Stadt weit stärker noch als heute zu fördern,
- Kreativität für die Verwirklichung einer menschenwürdigen Gesellschaft herauszufordern,
- republikanisches Stadtbewußtsein zu stärken,
- der kulturellen Verantwortung für eine soziale und solidarische Gesellschaft gerecht zu werden,
- Mut für neue Reformvorstellungen zu machen und
- ein Gegengewicht gegen die konservative Restauration zu schaffen.

Dabei geht die SPD von folgenden Grundsätzen aus:

1. Kultur darf kein Luxus, sie muß für alle offen sein. Wir wollen eine demokratische Kultur und eine kulturelle Demokratie verwirklichen.

Dazu gehört der Abbau von Bildungsbarrieren, um den Zugang zu allen Formen der Kultur zu verbessern. Die ästhetische und kommunikative Erziehung in Vorschule, Schule und Berufsbildung verbessert die Voraussetzungen für eine breitere Entfaltung von Kultur. Von gleicher Bedeutung ist die Ausstattung und sind die Bedingungen der breiten Kulturangebote in den Volkshochschulen oder z.B. Bibliotheken, die in den letzten Jahren allzuoft Opfer finanzpolitischer Sparmaßnahmen waren.

2. Kulturpolitik muß auf die Erweiterung der Seinsfähigkeit, der Fähigkeit also zu begreifen, zu durchdringen, neu zu empfinden abzielen. Sie muß die Phantasie und Kreativität der Menschen als ihre mächtigsten Veränderungskräfte stärken. Und sie muß kulturelle Vorurteile, wo immer sie auftauchen, abbauen helfen. Kultur muß dazu beitragen, die Menschen zu emanzipieren.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist u.a. eine starke Förderung gerade experimenteller Ansätze in der Kulturpolitik notwendig; gerade hier liegen große Herausforderungen, um konventionelles Sehen, Hören, Erfassen und Fühlen zu überwinden und damit unsere Toleranz zu erweitern.

3. Wir brauchen eine unbegrenzte Vielfalt kultureller Angebote und Ausdrucksformen. Nicht nur die klassischen Angebote sind zu fördern (was ungemain wichtig bleibt) und um neue Formen zu ergänzen. Zu entwickeln ist ebenso eine breite Alltagskultur, was bedeutet, Kultur des Alltags und Kultur im Alltag zu fördern.

Das heißt z.B. eine verstärkte Unterstützung von Projekten zur Industrie- und Alltagskultur, sozial- und kulturgeschichtliche Projekte, die sich mit der Industrialisierung, der Weimarer Zeit, dem Dritten Reich, der Frühperiode der Bundesrepublik und ihren sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen, Impulsen und Fehlentwicklungen beschäftigen; Projekte darstellender Kunst auf Straßen und Plätzen, die zum Mitmachen auffordern; die Förderung von Kinder- und Jugendtheatern; die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern, die mit Kindern und alten Menschen kreativ zusammenarbeiten etc.

Voraussetzung für die kulturelle Entwicklung ist ein Höchstmaß politischer und kultureller Toleranz, denn jede Kunst, braucht freie Bedingungen für ihre Entfaltung. Das dafür erforderliche geistige und liberale Klima wird heute allerdings durch die konservative Restauration mehr denn je gefährdet.

4. Kultur ist angesichts des vorhersehbaren gesellschaftlichen Wandels vielleicht die größte Chance, um die Gesellschaft kommunikations- und sprachfähig zu halten, um dem Schöpferischen und Kreativen im Menschen, das mehr denn je zukünftig auch unter sich verändernden Arbeitsbedingungen gefordert sein muß, Raum zur Entfaltung zu geben.

Kultur darf dabei nicht zur bloßen Kompensation gegenüber den Bedrängnissen und Nöten unseres Alltags verkommen. Kunst soll zwar auch Spaß und Freude vermitteln. Aber sie darf nicht zum Himmel über Spannungen und Probleme unserer Gesellschaft werden: Kultur muß der kritische Wertmesser für die Lebensqualität und die Fehlentwicklungen unserer Gesellschaft bleiben. Kultur muß fähig machen, Gedanken und Empfindungen anderer aufzunehmen, Neugier und Phantasie zu entfalten, Toleranz zu zeigen, Utopien zu entwickeln, der längeren Freizeit einen kreativen Inhalt zu geben.

IV. Neue kulturpolitische Herausforderungen

Trotz einer Vielzahl anerkannter Einrichtungen gerät Düsseldorf in die Gefahr, den Ruf als Kunst- und Kulturstadt zu verlieren - nicht nur, weil der Kulturetatsatz trotz einiger Verbesserungen in den letzten Haushaltsjahren im Vergleich zu anderen, vergleichbaren Städten noch zu gering ist. Vielfach fehlt in der städtischen Kulturpolitik der Mut zum Risiko, der aber sowohl bei traditionellen Einrichtungen wie auch bei neuen, unkonventionellen Vorhaben unbedingt erforderlich ist.

Für die Kulturpolitik in Düsseldorf ist es für die SPD notwendig:

- das Niveau der traditionellen Kultureinrichtungen in unserer Stadt zu sichern und durch neue Impulse zu erhöhen sowie die Arbeitsbedingungen für die Düsseldorfer Künstler zu verbessern.
- Neue Formen des Kulturangebots zu fördern und zu konsolidieren und über einen Ausbau der Infrastruktur vor allem in den Stadtteilen die kulturelle Betätigung aller Bürger zu ermöglichen.
- Kulturelle Ziele in der Entwicklung unserer Stadt und in den vielen kommunalen Einzelbereichen besser zu berücksichtigen.

Für die bessere Verwirklichung kulturpolitischer Ziele in Düsseldorf richtet die SPD ein ständiges Kulturforum ein, an dem die Düsseldorfer Künstler, die Vertreter von Sozial- und Jugendorganisationen sowie von Bildungseinrichtungen beteiligt werden. Das Kulturforum soll der Verbesserung des Meinungsaustausches und der Förderung kultureller Initiativen dienen.

Die SPD ist bereit, der kulturellen Arbeit einen weit größeren Raum in der Kommunalpolitik zu geben. Sie fordert Bund und Land auf, in ihren Haushalten ebenfalls kulturpolitischen Zielen größere Priorität zuzugestehen und mehr Finanzmittel auszuweisen.

Besondere Bedeutung haben für die SPD folgende kulturelle Aufgabenbereiche:

1. Kulturelle Umwelt und Stadtplanung

Die kulturelle Umwelt ist die Stadt, der Stadtteil, der Wohnbereich. Kultur muß dabei wieder als Ganzheit aller Lebensvorgänge begriffen werden. Arbeiten und Wohnen müssen verträglicher miteinander verbunden und wieder stärker zusammgeführt werden; nicht nur um Wege zu verkürzen und den Flächenverbrauch einzuschränken, sondern auch um damit

die doppelte Entfremdung des Menschen von der Arbeit abzubauen und in den Siedlungsstrukturen neue Arbeits- und Lebensformen zuzulassen. Dazu gehört auch, den Bürger weit stärker an der Planung der Stadt zu beteiligen. Es darf nicht sein, daß ihm die Möglichkeit an einer aktiven Gestaltung seines Lebensumfelds vorenthalten bleibt. Die Stadtplanung muß die Stadt in überschaubaren Einheiten gliedern, um somit die Identifikation und das Miteinander der Menschen möglich zu machen. Die Vertrautheit mit dem unmittelbaren Umfeld ist vielfach eine Voraussetzung, um Verantwortung zu übernehmen und die Bereitschaft zur Mitwirkung zu stärken. Und letztlich muß die bauliche Gestalt der Stadt auf einen längeren Zeitraum angelegt sein, um die unterschiedlichen Bedürfnisse mehrerer Generationen zu berücksichtigen. Die Stadtplanung und Stadtgestaltung muß offen für neue Bedürfnisse sein. Leben, und damit Kultur, kann sich nicht in funktionaler Festlegung, sondern kann sich nur in gesellschaftlichen, in baulichen Freiräumen, in einem Wechselspiel von Geist und Seele entfalten.

Die Berücksichtigung kultureller Ziele in der Stadtgestaltung zielt darauf ab,

- Straßen, Plätze und Gebäude mit Kunst zu durchsetzen, Freiräume zu schaffen, ästhetische Erlebnisse zu vermitteln und Anstöße durch Kunst zur Auseinandersetzung mit der Lebensgestaltung zu geben,
- in der Stadtplanung weit stärker Einrichtungen der kommunalen Kulturarbeit in erreichbarer Nähe zu Wohnung und Arbeitsplatz zu berücksichtigen,
- Baudenkmale und gewachsene Wohnstrukturen zu erhalten und wo möglich, mit einer gegenwartsbezogenen Nutzung zu verbessern, und
- Kreativitätshemmende Bürokratisierungen in der Stadtgestaltung abzubauen, um eine kulturelle Vielfalt bei Baumaßnahmen zu fördern und den Bürgern mehr Raum für individuelle Gestaltungen zu geben.

"Stadtheimat" wie dies in den kulturpolitischen Leitlinien des Deutschen Städtetages braucht die sie prägenden Gebäude, Straßen

und Plätze, Identität und Atmosphäre und muß zugleich einen zwanglosen Zugang zu kulturellen Aktivitäten und Veranstaltungen erleichtern.

Zur kulturellen Stadtgestaltung gehört die Fußgängerzone als Treffpunkt, der ausgebauter Hinterhof für die Nachbarschaft und der Innenhof als Raum für Veranstaltungen, historische Gebäude als Identifikation für den Stadtteil und die Stadt sowie Plätze als Stätten der Begegnung. Wohnbereichsstraßen, einzelne Industrie- und Verwaltungsgebäude, U-Bahnstationen und Parks können weit mehr für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden. Die Lebensqualität einer Stadt entscheidet sich auch durch die kulturellen Einrichtungen, die möglichst wohnungsnah angeboten werden wie Kulturläden, Programmkinos, Zweigstellen von Bibliotheken und Übungsräume für Musik.

Besondere Förderung verdienen nach Auffassung der SPD Bürgerhäuser und Nachbarschaftszentren für Begegnung, soziale Betreuung und kulturelle Aktivitäten. Dafür eignen sich Vereinsräume, Jugend- und Senioreneinrichtungen, Bürgerhäuser und nicht zuletzt Schulen. Zur Berücksichtigung kultureller Ziele in der Stadtplanung gehören ebenfalls mehr Grün- und freizeitgewidmete Freiflächen sowie Sport- und Erholungsmöglichkeiten.

Kultur- und Freizeitpolitik in der Stadtentwicklung muß darauf hinwirken, daß die Lebenszusammenhänge von Arbeit, Produzieren, Konsumieren, Wohnen und Freizeit nicht weiter auseinandergerissen, sondern wieder zusammengeführt werden. Dazu gehört auch das Zusammenführen der Generationen.

2. Kultur und neue Medien

Die Entwicklung der Medien hat die gesellschaftlichen Strukturen, das menschliche Miteinander und damit auch Bildung und Kultur stets nachhaltig beeinflusst. Insbesondere mit der Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken stehen neue Gefahren für die Gesellschaft an. Trotz des gewachsenen Interesses an Kultur und kultureller Eigenständigkeit darf nicht

übersehen werden: das am häufigsten angenommene Freizeitangebot ist der Konsum von Medien in ihren verschiedensten Formen. Damit besteht die Gefahr, daß eine zunehmende Zahl von Menschen die Fähigkeit zur schöpferischen Eigenbetätigung verliert und die Erlebniswelt des einzelnen drastisch eingeschränkt wird. Es besteht die Gefahr, daß viele Menschen gesprächs- und kommunikationsunfähig werden. Es besteht die Gefahr, daß vor allem Phantasie verkümmert, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.

Städtischer Kulturpolitik stellt sich deshalb die Aufgabe, den der Vervielfältigung der elektronischen Medien ausgesetzten Bürgern Orientierungshilfen durch lebendige Kunst und Kultur anzubieten, gegen die Vereinzelung und Entsolidarisierung der Menschen neue Kommunikations- und Sozialisationsprozesse einzuleiten und eine kritische Auseinandersetzung mit den neuen Medien zu fördern. Dazu ist es notwendig:

Zugangsbarrieren zu kulturellen Veranstaltungen abzubauen und verbesserte Orientierungshilfen zu geben.

Insbesondere in der Jugend- und Kulturarbeit ist die Problematik der neuen Medien und der kulturellen Verarmung weit stärker zu berücksichtigen.

- Bibliotheken und Jugendfilmbühne müssen einen sinnvollen Umgang mit den Angeboten der neuen Medien fördern. Dabei darf aber der besondere Auftrag der Bibliotheken zur Erhaltung der Buch- und Lesekultur nicht vernachlässigt werden.
- Lokaler Rundfunk darf nicht privatisiert sein, sondern muß Bürgermitwirkung berücksichtigen, wobei insbesondere künstlerische Gruppen und Initiativen, z.B. freie Theatergruppen, lokale Musikgruppen die Chance zur Selbstdarstellung bekommen.

- Besonders die Weiterbildungseinrichtungen der Stadt müssen sich mit den neuen Medien beschäftigen, vor allem für die Grundschulen sind pädagogische Hilfen zu erstellen. Das Weiterbildungszentrum ist beim evtl. Aufbau eines lokalen Fernsehens in geeigneter Weise zu berücksichtigen.

3. Kulturelle Vermittlung

Kommunale Kulturpolitik erstrebt eine möglichst umfassende unmittelbare Beteiligung der Bürger aus allen Bevölkerungskreisen an den kulturellen Veranstaltungen und Aktivitäten. Dazu müssen vor allem die kulturpädagogischen Angebote ausgebaut werden, um Menschen, die von vornherein kulturellen Angeboten nicht so aufgeschlossen gegenüberstehen, zur Teilnahme am Kulturgeschehen zu ermutigen. Kulturpädagogische Angebote haben die Aufgabe, Schwellenängste abzubauen und den Zugang auch zu den traditionellen Angeboten der großen Kulturinstitute zu erleichtern:

- Jedes Museum und größere Kulturinstitut sollte wenigstens einen hauptamtlichen Museumspädagogen beschäftigen.
- Für die kulturpädagogische Arbeit sind spezielle Ausstellungs- und Aktionsräume (z. B. Kindermuseum) vorzusehen.
- Die kulturpädagogische Arbeit ist mit den Einrichtungen der Weiterbildung und den Schulen inhaltlich und methodisch abzustimmen.
- Ausstellungen sind nicht nur museal zu präsentieren.

Dieser kulturpädagogische Auftrag richtet sich gleichermaßen an Bibliothekare, Museumsmitarbeiter, Volkshochschullehrer, Schauspieler, bildende Künstler, Dramaturgen, Literaten, Regisseure, Musikschullehrer, Musiker und Lehrer, um die Angebote von Bildung und Kultur besser nach außen zu tragen. Dazu gehören auch Angebote an Sozial- und Jugendeinrichtungen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Aufgabenstellung der Besucherorganisationen von Oper und Theater als "kulturpädagogische Bürgerinitiative" zu sehen. Neben der Vermittlung von Theater- und Konzertbesuchen gehören Informationen über das aktuelle Theatergeschehen, Gespräche mit Künstlern, Schriftstellern, Intendanten, die pädagogische Hilfe zur Einführung in schwierige Stücke und die geistige Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Formen der Theaterkunst zu ihren Aufgaben.

4. Kulturelle Stadtteilarbeit

Kultur für alle muß dort ansetzen, wo die Menschen wohnen und leben, im Stadtteil. Stadtteilarbeit muß den jeweils gewachsenen Strukturen und dem eigenständigen Charakter Rechnung tragen. Dazu gehören die Umweltbereiche, das Gemeinschaftsgefühl und die Nachbarschaftsbeziehungen, das Freizeitverhalten und die eigene Geschichte und Kultur des Stadtteils. Dazu gehören auch die ansässigen Vereine und neue kulturelle Gruppen in den Stadtteilen. Zur kulturellen Stadtteilarbeit gehören die Dezentralisierung der traditionellen Kulturarbeit, Begegnungsstätten, Bürgerhäuser und Kulturläden. Dazu gehört auch der Erhalt von Wohnstrukturen und von Tante-Emma-Läden. Stadtteilkulturarbeit lebt wesentlich von der Selbstorganisation und Eigeninitiative der Bürger, die es zu fördern gilt. Dazu ist über die Bezirksvertretungen auch eine ausreichende personelle und finanzielle Absicherung notwendig.

- Insbesondere in den mit Kultureinrichtungen unterversorgten Stadtteilen setzt die SPD sich für die Schaffung von Bürgerhäusern und Begegnungsstätten ein, die nach Möglichkeit in Selbstverwaltung von den örtlichen Gruppen und Initiativen getragen werden sollen.
- Insbesondere städtische Einrichtungen sind verstärkt für kulturelle Nutzungen miteinzubeziehen.
- Die Aufarbeitung der Stadtgeschichte wird gefördert.

- Nach Möglichkeit soll eine nicht kommerzielle Stadtteilzeitung angeregt und dafür Hilfestellung gegeben werden.
- Die kommunalen Kulturangebote und die Volkshochschule sind zu dezentralisieren.
- In den Stadtteilen ist auch verstärkt der Straßenraum für kulturelle Begegnungsstätten und für Kunst zu nutzen.
- Insbesondere die kulturelle Verständigung mit ausländischen Mitbürgern ist in den Stadtteilen zu fördern.

5. Kulturelle Initiativen/Freie Kulturarbeit

Heute suchen viele Menschen Selbstverwirklichung und kreative Eigenbetätigung außerhalb des Berufslebens. Ebenso suchen viele Künstler außerhalb der Institutionen in der freien Kulturarbeit ihre kulturelle Arbeit. Die kulturelle Lebendigkeit unserer Stadt wird neben den öffentlichen Kultureinrichtungen von der Vielfalt und Vielzahl kultureller Vereine, Initiativen und Gruppen bestimmt. Freie Gruppen, Vereine und Initiativen leisten zum Teil beachtliches in unserer Stadt und es entstehen weitere neue. Sie sind auf allen Gebieten der kulturellen Betätigung vom Laienspiel, der anspruchsvollen Theaterarbeit, der Musik, dem Film, der bildenden Kunst bis zur Literatur entstanden. Zum Beispiel das "Literaturbüro" oder "die Werkstatt" sind zwischenzeitlich unverzichtbare kulturelle Angebote unserer Stadt.

- Die städtische Kulturpolitik muß durch ein entsprechendes System von Hilfestellungen derartige Initiativen und Gruppen ermutigen, unterstützen und konsolidieren.
- Vor allem für Theater- und Musikgruppen sind entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

- Traditionelle Vereine und Gruppen sowie neue, unkonventionelle Initiativen sind ausreichend zu unterstützen, wenn sie Beiträge zur kulturellen Bereicherung unserer Stadt liefern.
- Es sind kulturpolitische Schwerpunkte für eine kontinuierliche Förderung zu setzen.
- Auch die traditionellen Kultureinrichtungen in der Stadt sollen sich verstärkt den freien Initiativen öffnen und ihnen mit ihrer Personalkapazität, ihren Sachmitteln und Räumlichkeiten Hilfestellungen geben.
- Freie Gruppen, Künstler, Vereine und Initiativen sind stärker am kulturellen Gesamtprogramm der Stadt zu beteiligen.

6. Besondere Zielgruppen für kommunale Kulturpolitik

Städtische Kulturpolitik muß die Gesamtheit der Bevölkerung ansprechen. Dennoch ist es notwendig, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote auch altersbedingt und nach sozialen Gesichtspunkten auf Zielgruppen auszurichten.

Bei Kindern und Jugendlichen muß die Kulturarbeit Neugier auf kulturelle Angebote wecken, Phantasie fördern und zu eigener kultureller Betätigung anregen. Dazu gehören

- kleine Theatergruppen, die mit Themen ihrer Umwelt und mit Darstellungsformen experimentieren und besonders Kinder und Jugendliche ansprechen,
- Kontakte zwischen Künstlern und Kindern/Jugendlichen, bei denen kulturelle Ziele erklärt und vorgestellt werden,
- die Integration ausländischer Jugendlicher durch besondere kulturelle Ausdrucksformen unter Einbeziehung nationaler Kulturelemente,
- Spielaktionen, Wettbewerbe und Kulturtage für Kinder und Jugendliche, bei denen die gestalterischen

Fähigkeiten entdeckt und ausprobiert werden können.

Dazu ist eine ausreichende jugendkulturelle Betätigung durch z. B. Finanzmittel für Modellversuche, Experimentierprogramme, jugendkulturelle Projekte und Kinderspielhäuser zu erreichen. Die Förderung alternativer und sozialkultureller Projekte als Gegengewicht zu kommerziellen Angeboten ist besonders zu fördern. Dazu gehören auch Jugendpfleger mit kulturellem Schwerpunkt, Schwerpunkte dieser kulturellen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sind die Jugendzentren in den Stadtteilen. Darüber hinaus ist es in Düsseldorf notwendig, entsprechende Räumlichkeiten für jugendgemäße Musik für Düsseldorfer Gruppen anzubieten.

Spezielle kulturelle Angebote für ältere Menschen sind u.a. Ausstellung in Altenheimen, Einführung in Museumsausstellungen sowie in Theater und Bibliotheken ebenso wie kulturhistorische Stadtrundfahrten. Ziel ist es dabei, auch den älteren Mitbürgern eine gleichberechtigte Teilnahme an kulturellen Aktivitäten zu schaffen.

Dadurch wird es möglich, eigene Hemmnisse bei älteren Menschen für eine größere Teilnahme am kulturellen Leben zu beseitigen und vorhandene Vorurteile über die eigene Leistungsfähigkeit abzubauen.

Kulturelle Angebote für ältere Menschen und die Stärkung ihrer Bereitschaft zu kreativen Betätigungen sind wichtige Beiträge für ein menschenwürdiges Leben im Alter.

Kulturelle Angebote für unsere ausländischen Mitbürger finden in Düsseldorf zur Zeit nur am Rande statt. Insbesondere vom Kulturamt gibt es keine Konzepte zur Kulturpolitik für die nahezu 70.000 in Düsseldorf lebenden Ausländer, davon rund 50.000 aus den Anwerbeländern. Notwendig ist es deshalb, in den kommenden Jahren eine eigenständige Kulturpolitik mit und für die Ausländer in Düsseldorf zu fördern. Eine solche Zielsetzung kann allerdings nicht von der Forderung nach mehr Rechtssicherheit und erweiterten politischen Mitbe-

stimmungsmöglichkeiten unserer ausländischen Mitbürger abgetrennt werden.

Ausländerkulturpolitik muß gemeinsam mit den Ausländern entwickelt werden und vor allem stadtteilausgerichtet sein. Dabei sollten demokratische Organisationen und Initiativen der ausländischen Mitbürger in die Kulturarbeit einbezogen werden und ein Mitspracherecht bei Inhalten, Organisation und Finanzierung erhalten.

Die Möglichkeiten kultureller Betätigung gehen weit über die üblichen folkloristischen Einlagen bei Festen hinaus. Es ist notwendig, Tänze, die Malerei, Musik, Literatur, das Kunsthandwerk und Theateraufführungen ausländischer Mitbürger zu fördern. Parallel dazu müssen sich die wichtigen Institutionen mit kulturellem Auftrag in ihren Angeboten stärker den in unserer Stadt lebenden Ausländern öffnen, indem sie ihre Programme umgestalten und die Interessen unserer ausländischen Mitbürger besser berücksichtigen. (Also keine Sonderprogramme für Ausländer, sondern Integration in die normalen Spielpläne.)

Die Stadt führt regelmäßig ausländische Kulturtage durch, ebenfalls kontinuierlich Ausstellungen und Musikveranstaltungen, insbesondere in den Schulen und Stadtteilen.

Bei den Angeboten der Bürgerhäuser und Begegnungsstätten sind ausländische Gruppen ausreichend zu berücksichtigen.

7. Republikanisches Stadtbewußtsein

Zur Identität der Bürger mit ihrer Stadt gehört die Aufarbeitung der Stadt- und Heimatgeschichte. Dies kann keine nostalgische Idealisierung sein, sondern muß vor allem republikanisch-demokratische Traditionen herausarbeiten und Fehlentwicklungen benennen. Schwerpunkte der Stadtgeschichte müssen die Industrialisierung und die Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert, die Zeit der Weimarer Republik, der Hitler Faschismus und das Verhalten der Bürger sowie die Wiederaufbauphase nach dem 2. Weltkrieg sein. Dabei geht es um eine Aufbereitung und Weitergabe stadtgeschichtlicher Erfahrungen der Bürger und einer Beschreibung aus den sozialen Problemen heraus.

Geschichtsforschung vor Ort von und mit den Betroffenen ist eine wichtige Kulturarbeit in den Stadtteilen. Dazu gehören Ausstellungen und Dokumentationen zur Stadtteilgeschichte, Stadtteilstadt und der Ausbau stadtgeschichtlicher Darstellungsmöglichkeiten im Stadtmuseum.

8. Der Kunstpalast als Zentrum kultureller Aktivitäten

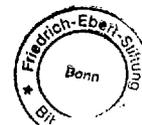
Der Kunstpalast wird als Zentrum vielfältiger kultureller Aktivitäten ausgebaut, die sich vor allem auf die bildende Kunst stützen, aber weit darüber hinausgehen. Einbezogen werden auch Musik-, Film- und Theaterveranstaltung und experimentielle Kulturarbeit. Mit dem Kunstpalast wird die Darstellung der "lebenden" Kunst breit gefördert.

Der Kunstpalast ist in weitgehender Selbstorganisation der Düsseldorfer Künstlerschaft zu führen.

Durch die Verwirklichung dieser Vorstellungen wird der Ehrenhof-Komplex zu einem Zentrum vielfältiger kultureller Aktivitäten in Düsseldorf. Gleichzeitig ist dabei das preisgünstige Nutzungsangebot des Robert-Schumann-Saales für unterschiedliche kulturelle Aktivitäten zu erhalten.

9. Weiterbildung als Zukunftsaufgabe

Die kommunale Kulturpolitik muß die Arbeit der Volkshochschule sichern und ausbauen, um eine Verbesserung der Chancengleichheit und eine bessere stadtteilorientierte Versorgung zu verwirklichen. Wachsende Bedeutung müssen stadtteilnahe Arbeit und kulturelle Angebote sowie die Hinwendung zu neuen Fragestellungen der Zukunftsbewältigung bekommen. Die meisten Weiterbildungsinstitutionen reagieren hierauf z.Z. aufgrund finanzieller Restriktionen nur bedingt. Statt einer zentral organisierten, in-



stitutionalisierten und ausschließlich nach bestimmten Regelungen und Verordnungen organisierten Weiterbildung ist es notwendig, dezentrale und lokale Ansätze des Lernens und der gemeinsamen Kommunikation auszubauen. Wachsendes Interesse am lokalen Umfeld angesichts erlebter und erfahrener Probleme wie verödetter Innenstädte, zersiedelter Bauflächen, bedrohter Umwelt und neuer Wohnprobleme sind ein kleiner Ausschnitt für die neuen Aufgabenfelder zur Stärkung lokaler Identität. "Geschichte von unten", Erkundigung des Stadtteils, historische Aufarbeitung von einzelnen Zeitabschnitten, Industriegeschichte vor Ort sind Beispiele für eine lange Reihe von thematisch orientierten Fragestellungen für die Weiterbildung. Die größere Orientierung auf eine Identifikation mit dem Stadtteil ist im gesamtstädtischen Interesse. Solche Angebote bekommen einen lebhaften Zuspruch. Anknüpfend an der eigenen Lebenswelt entsprechen diese Angebote den unmittelbar nachvollziehbaren bzw. miterlebten Alltagserfahrungen der Teilnehmer und fördern deren Engagement im Stadtteil. "Lernen" vollzieht sich dabei nicht nur für und mit einer Konsum- bzw. Qualifizierungszielsetzung sondern eher als Anleitung zum eigenen Handeln. Es geht um ein Lernen in bestimmten, stadtteilbezogenen sozialen Beziehungen mit der Möglichkeit, dies in dem Stadtteil, im Verein oder in den Nachbarschaftszusammenhängen sinnvoll anzuwenden.

Darauf wird für die Zukunft deutlich, daß traditionelle Zuordnung bzw. Zuständigkeiten im Weiterbildungsbereich nur noch bedingt sinnvoll sind. Es geht sehr viel stärker als in der Vergangenheit um entsprechende Angebote "vor Ort", die auf die jeweiligen Beratungs-, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote ausgerichtet sind. Auch für die Weiterbildungsarbeit der Stadt Düsseldorf wird es zukünftig darauf ankommen, die Weiterbildungsarbeit sehr viel stärker auf die unmittelbaren Lebenszusammenhänge auszurichten, gleichberechtigt neben den Qualifizierungsangeboten:

Ein wichtiger Schritt zur Bewältigung des sozialen und technischen Wandels und zur verbesserten und ständigen Qualifizierung ist das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz.

Dies ist ein Ansatz zur Weiterqualifizierung und zur Persönlichkeitsstabilisierung des einzelnen Arbeitnehmers und damit ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit und zur Demokratisierung in unserer Gesellschaft. Der Ausbau der Weiterbildung ist eine wichtige soziale und bildungspolitische Investition in die Zukunft und ein Beitrag zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit.

Einen besonderen Stellenwert haben Angebote zum Nachholen von Schulabschlüssen sowie Verbundsysteme schulischen und berufsmotivierenden bzw. qualifizierenden Lernens. Dies gilt auch für die Arbeit der VHS Düsseldorf, die dieser Zielsetzung bislang personell und organisatorisch nicht ausreichend Rechnung trägt.

In verstärktem Umfang muß sich die Weiterbildung um die Auswirkungen, Chancen und Gefahren der neuen Medien befassen. Dabei ist Kommunikation und Kreativität zu fördern und kritische Reflexion herauszufordern. Das neue Weiterbildungszentrum soll dabei zu einem Zentrum kommunaler Medienproduktionen werden.

V. Kulturpolitik in Düsseldorf - Schwerpunkte der SPD

1. Das Niveau der traditionellen Kulturangebote in Düsseldorf darf nicht ausgehöhlt werden, sondern ist weiter zu verbessern. Die SPD unterstützt dabei engagierte Kulturarbeiter, die sich bewusst mit den aktuellen gesellschaftspolitischen Problemen auseinandersetzen und eine Öffnung der großen Kultureinrichtungen auch außerhalb ihrer zentralen Spielstätten sucht.
2. Wir treten für die Konsolidierung und weitere Förderung neuer Kulturinitiativen und freier Gruppen ein (z.B. ZAKK, die Werkstatt). Neue kulturelle Experimentierformen und Aktionsformen (Strandfest, Kunst im Zirkus) werden unterstützt.

Der Feuerwehrfonds für neue Ideen und spontane Aktionen wird ausgeweitet.

Wie die kulturellen Vereine und Organisationen erhalten auch neue Initiativen und freie Gruppen eine angemessene Förderung, die auch organisatorische und personelle Hilfen umfaßt.

Die freie Theaterszene wird gefördert. Die SPD ist offen für neue kulturelle Ideen und neue Gruppen, die das kulturelle Leben unserer Stadt bereichern.
3. Das Kindertheater wird besonders gefördert und seine Arbeit dauerhaft gesichert.
4. Wir treten ein für eine Erweiterung der Künstlerförderung in Düsseldorf. Dazu gehört der Ausbau des Kunstpalastes zum Zentrum der "lebenden Kunst" in Düsseldorf. Ebenfalls streben wir eine stärkere Kooperation der Stadt mit der Kunstakademie und den städtischen Einrichtungen der Weiterbildung an.

Die SPD unterstützt den weiteren Ausbau des Atelier- und Werkstattangebotes (z.B. auf dem Jagenberg-Gelände, in Schulen, etc.).

Der Etat für Ankaufs- und Förderungsmittel wird ausgeweitet, wobei insbesondere "nicht-etablierte" Künstler berücksichtigt werden.

5. Neuorganisation des Musiksektors und baldige Berufung eines hochqualifizierten Chefdirigenten und eines Orchesterintendanten.

Intensivierung der Musikarbeit in der Schule und in Zusammenarbeit mit der Musikschule, Förderung des aktiven Musizierens, Förderung der Breitenarbeit und der Hochbegabten. Auch die Zusammenarbeit mit der Musikhochschule ist zu verbessern.

Bereitstellung von Übungs- und Aufführungsräumlichkeiten für Rock-, Jazzmusik und Volksmusik.

6. Bewahrung und Verbesserung der Lesekultur durch Ausbau des Literaturbüros, Förderung von Literaturveranstaltungen in Schulen und Weiterbildungseinrichtungen sowie durch die Einrichtung von Schreibschulen. Der Buchbestand in den Stadtbüchereien ist weiter zu erhöhen und zu verbessern und das städtische Büchereiwesen ist in den Stadtteilen auszubauen.
7. Die SPD unterstützt eine verstärkte Kooperation der Stadt mit allen kulturellen Organisationen. Auch freie Initiativen, kulturelle Gruppen und Vereine müssen am gesamtstädtischen Kulturprogramm beteiligt werden.

Die SPD gründet als ständige Einrichtung ein Kulturforum, um in Düsseldorf einen ständigen öffentlichen Meinungsaustausch über die Kulturpolitik zu führen.

8. Verstärkte kulturpädagogische Arbeit in allen Kulturinstituten zum Abbau von Schwellenängsten und Zugangsbarrieren sowie entsprechende Angebote in Schulen, Weiterbildungs- und Sozialeinrichtungen.

Insbesondere die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist personell und organisatorisch zu verbessern.

9. Entsprechend dem Museumsplan wird der Ausbau einiger Kulturinstitute gefördert, dazu gehören die Erweiterung des Hetjensmuseums, die ggf. Nutzung des östlichen Flügels von Schloß Benrath für das Filmmuseum und der Umzug der Literaturinstitute.
10. Das Weiterbildungszentrum ist zügig zu verwirklichen. Durch eine Kooperation zwischen VHS und Stadtbücherei sowie mit den anderen Weiterbildungseinrichtungen ist die Weiterbildung in Düsseldorf dem Standard vergleichbarer Großstädte anzupassen. Das Weiterbildungszentrum wird beim evtl. Aufbau eines lokalen Fernsehangebots in Düsseldorf unter öffentlicher Leitung berücksichtigt und wird zu einem Zentrum kommunaler Medienproduktionen.

Die Volkshochschule und das Weiterbildungszentrum beschäftigen sich besonders mit den Risiken und Chancen neuer Medien.

Die Volkshochschule muß sich zukünftig stärker stadtteilorientiert ausrichten und Angebote zur Aufarbeitung von Stadtgeschichte und unmittelbarer Lebenswelt bereitstellen.

Die Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitnehmer und Jugendliche werden personell, finanziell und sachlich umfassend ausgebaut, insbesondere für das Nachholen von Schulabschlüssen und beruflicher Qualifikation, zur Verbesserung von Arbeitsmarkt-

chancen, zur Persönlichkeitsstabilisierung und für Formen nichtinstitutionalisierten Lernens.

Ein wichtiger Schritt hierbei ist ebenfalls die zügige Umsetzung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes.

11. Die Stadtgeschichte in der Zeit des Faschismus ist besonders zu dokumentieren. Dazu gehört die Gedenkstätte für die Opfer der Nazierrschaft im Stadthaus Mühlenstraße sowie Gedenktafeln über den Widerstand gegen die Nazierrschaft im öffentlichen Raum.
12. Der dritte Bauabschnitt des stadtgeschichtlichen Museums ist zügig zu verwirklichen. Ein thematischer Schwerpunkt ist die Verfolgung und der Widerstand im Dritten Reich sowie die Sicherung von Künstlernachlässen aus dieser Zeit und die Geschichte der Industrialisierung mit der sozialen und demokratischen Situation der arbeitenden Menschen.
13. Die SPD unterstützt die Arbeit von Programmkinos (z.B. Programmwochen). Das kommunale Kinoangebot darf nicht privatisiert werden. Die Arbeit von Nachwuchsfilmern ist auch in Zusammenarbeit mit den örtlichen Filmtheatern zu fördern.
14. Kulturelle Aspekte sind in der Stadtplanung verstärkt zu berücksichtigen. Dazu gehört insbesondere die Humanisierung des Wohn- und Arbeitsumfeldes. Straßen, Plätze und Fußgängerzonen sind wichtige kulturelle Lebensräume und Begegnungsorte. Sie müssen verstärkt als Aktionsraum für Kultur genutzt werden.

Auch Schulhöfe und Kinderspielplätze müssen attraktiver gestaltet werden und Erlebnisräume schaffen. Dazu gehört z.B. die Anlage von Biotopen.

Zur Humanisierung des Stadtbildes gehört auch eine Ausweitung von Kunst am Bau und im Straßenraum.

15. Die Sicherung gewachsener Wohnstrukturen, die Stadterneuerung und der Denkmalschutz sind zur Bewahrung der städtischen Kulturidentität umfassend zu erhalten. Kulturell wichtige Gebäude in den Stadtteilen (z.B. Salzmanngebäude) müssen erhalten werden.
16. Eine Kulturentwicklungsplanung muß zu einem festen Bestandteil der Stadtplanung gemacht werden.
17. Insbesondere in den Stadtteilen ist die Kulturarbeit zu erweitern. Dazu gehört die Förderung stadtteilorientiert arbeitender Vereine und Gruppen, die Ausweitung eines stadtteilbezogenen Weiterbildungsangebotes, die Dokumentation von Stadtteilgeschichten und die Förderung neuer sozio-kultureller Zentren, Begegnungsstätten und Bürgerhäuser. Insbesondere übergreifende Einrichtungen für die Jugend-, Alten-, Sozial- und Kulturarbeit werden gefördert (Bahnhof Eller, Rondell).
18. Besondere zielgruppenorientierte Kulturangebote sind insbesondere für ältere Menschen, Kinder und Jugendliche sowie ausländische Mitbürger erforderlich.

Für Kinder und Jugendliche ist es notwendig, durch kulturelle Angebote die Kreativität zu fördern und dem Verlust von Erlebnisraum entgegenzuwirken.

Die Kulturarbeit mit unseren ausländischen Mitbürgern muß deren kulturelle Identität bewahren und mehr Entfaltungsraum geben. Die vorhandenen Kultureinrichtungen müssen sich den ausländischen Mitbürgern stärker öffnen.

19. Die SPD unterstützt die Demokratisierung der Kultureinrichtungen. Insbesondere tritt sie für die Ausweitung von Mitspracherechten für Künstler und Kulturschaffende ein.

20. Die SPD will verstärkt den qualifizierten künstlerischen Nachwuchs in den verschiedenen kulturell-kreativen Medien fördern, vor allem auch um die Kultur weit stärker für den Bürger zu öffnen.
21. Bei stadtpolitischen Großereignissen muß sich Düsseldorf als Kunststadt herausstellen. So z.B. mit "Kunst in der Bundesgartenschau" (z.B. Skulpturenpark).
22. Die SPD fördert die Ausrichtung von kulturellen Ereignissen mit internationaler Ausstrahlung, so z.B. ein Cartoon-Festival, ein experimentelles Theaterfestival in Düsseldorf oder ein Festival der Kunst im Kunstpalast.